

Protokoll Nr. 35 über die Sitzung des Schulausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 12.05.2016
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:10 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Renken, Bernd

SPD-Fraktion
Brunken, Karola für Benjamin Swieter
Götze, Horst
Mecklenburg, Rico
Meyer, Elfriede
Paßmann, Annette
Stöhr, Friedrich für Sigrid van Hoorn

CDU-Fraktion
Hegewald, Reinhard
Ohling, Albert für Herbert Buisker

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Lechner, Katja

FDP-Fraktion
Hoofdmann, Erwin für Erich Bolinius

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder
Kalvelage, Arthur (ab 17:05 Uhr)
Molthagen-de Beer, Insa
Passe, Heino
Seeck, Dietmar
Stüber, Gudrun

von der Verwaltung
Sprengelmeyer, Thomas
Lier, Robert

Protokollführung
Lendzion, Daje

Gast
Dr. Nolte, Margareta (Schulleiterin BBS I in Emden)
Böckmann, Wilhelm (Schulleiter Oberschule Borssum)

Protokoll Nr. 35 über die Sitzung des Schulausschusses

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Renken begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 24), des Jugendhilfeausschusses (Nr. 36) und des Schulausschusses (Nr. 33) am 15.03.2016

Beschluss: Das Protokoll Nr. 33 über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 24), des Jugendhilfeausschusses (Nr. 36) und des Schulausschusses vom 15.03.2016 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung des Protokolls Nr. 34 über die Sitzung des Schulausschusses am 07.04.2016

Beschluss: Das Protokoll Nr. 34 über die Sitzung des Schulausschusses vom 07.04.2016 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 6 Einführung eines Berufsvorbereitungsjahres (BVJ) - Sonderform für Aussiedlerinnen und Aussiedler sowie Ausländerinnen und Ausländer (BVJ-A)
Vorlage: 16/2107

Herr Sprengelmeyer weist darauf hin, in Emden gebe es im Rahmen der Zuwanderung noch einige nicht abgearbeitete Anforderungen. Insofern begrüße er, dass die BBS I Emden die

Protokoll Nr. 35 über die Sitzung des Schulausschusses

Einrichtung eines Berufsvorbereitungsjahres – Sonderform für Aussiedlerinnen und Aussiedler sowie Ausländerinnen und Ausländer beantragt habe.

Frau Dr. Nolte erläutert, die BBS I wolle sich an der Beschulung der Flüchtlinge beteiligen. Die BBS II würde durch die Einrichtung des BVJ-A entlastet. Ebenso würden ihres Erachtens nicht alle Aussiedler und Ausländer im gewerblichen oder gastronomischen Bereich unterkommen wollen. Seit den Osterferien seien 14 Flüchtlinge in der Berufsfachschule. In dem Unterricht des BVJ-A solle überwiegend die deutsche Sprache vermittelt werden. Schwerpunkt sei daher der Deutschunterricht. Neben den herkömmlichen Fächern sei ein großer Teil Fachtheorie und Fachpraxis enthalten. Aufgrund des Antrages eines Berufsvorbereitungsjahres Wirtschaft habe die BBS I die Möglichkeit, eine Berufseinstiegsklasse einzurichten. Die Schüler könnten dort den Hauptschulabschluss erwerben. Im Anschluss an das BVJ-A könnten die Schüler beispielsweise direkt eine Ausbildung beginnen oder die Berufsfachschule besuchen.

Die Einrichtung des BVJ-A hätte den Vorteil, dass diese nicht jährlich neu beantragt werden müsse und somit eine kontinuierliche Beschulung sichergestellt werden könne. In diesem Zusammenhang begrüßt sie, dass auch die Lehrkräfte sich für einen längeren Zeitraum intensiv auf die Stunden vorbereiten könnten.

Herr Renken bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Hegewald bedankt sich ebenfalls für die Ausführungen. Die CDU-Fraktion befürworte die Einführung des Berufsvorbereitungsjahres. Aufgrund der Bezeichnung des BVJ-A möchte er wissen, ob noch nennenswert Aussiedlerinnen und Aussiedler nach Emden kommen würden.

Des Weiteren bittet er um Auskunft, ob die Lehrkräfte für die Durchführung des Unterrichts eine gesonderte Ausbildung benötigen.

Frau Dr. Nolte gibt an, die Anzahl der Aussiedler und Aussiedlerinnen in den einzelnen Klassen könne sie nicht angeben.

Im Rahmen einer Hospitation habe sie am heutigen Tag eine Deutschstunde besucht. Die Lehrkraft unterrichte seit vielen Jahren und sei bereit, den anderen Kollegen die Vorgehensweise dieses Unterrichts weiterzugeben. Es seien diesbezüglich sehr gute Bücher angeschafft worden, sodass sich jeder Deutschlehrer hervorragend einarbeiten könnte.

Herr Mecklenburg teilt mit, die SPD-Fraktion werde dem Antrag ebenfalls zustimmen. Der allgemeine Grundsatz sei jedoch, dass die Kinder in altersgemäßen Klassen mit den anderen Schülern zusammen unterrichtet werden sollen. Die Schüler müssten allerdings zunächst die grundlegenden Sprachkenntnisse erlangen. Ebenso wären sie im Umfeld der gesamten Schule untergebracht und könnten damit Kontakt zu den anderen Schülern bekommen. Der integrative Gesichtspunkt müsse insofern ein wenig zurückgestellt werden. Des Weiteren könnten die Schüler nach einem Jahr in die Regelklassen integriert werden. Er möchte wissen, wie die fachpraktischen Anteile an der BBS I realisiert werden sollen.

Frau Dr. Nolte erklärt, im Bereich Wirtschaft werde Fachpraxis und Theorie in dem Sinne nicht so sehr unterschieden. Die BBS I sei jedoch spezialisiert auf Wirtschaft-Live-Projekte. Mit Zustimmung der Landesschulbehörde könne in dem Bereich ebenfalls ein Wirtschaft-Live-Projekt installiert werden. Es gehe dabei um die Gründung eines kleinen Unternehmens. Die Projektskizze müsse jedoch noch erstellt werden.

Frau Lechner gibt an, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimme der Beschlussvorlage selbstverständlich zu. Es sei äußerst wichtig, dass die Schüler zunächst Grundkenntnisse in der deutschen Sprache erlangen, um dem normalen Unterricht folgen zu können. In der Vorlage sei

Protokoll Nr. 35 über die Sitzung des Schulausschusses

angegeben, dass die Umsetzung inhaltlich und organisatorisch ohne Schwierigkeiten möglich sei. Es würden ihres Erachtens jedoch zusätzliche Lehrkräfte benötigt. In Emden sei dies bisher relativ schwierig gewesen. Sie fragt, weshalb dies an der BBS I scheinbar unproblematisch sei.

Frau Dr. Nolte bemerkt, der derzeitigen Lehrkraft für den Zusatzunterricht der Flüchtlinge könne zunächst ein Vertrag über ein Jahr und anschließend über zwei Jahre angeboten werden. Die zu erstellenden Materialien würden mit den anderen Lehrkräften besprochen, sodass diese Kollegen sich ebenfalls einarbeiten können. Auch aufgrund der vielen Netzwerke seien die anderen Deutschlehrkräfte ihres Erachtens in der Lage, diesen Unterricht ebenfalls zu erteilen.

Beschluss: An den Berufsbildenden Schulen I der Stadt Emden wird zum 01.08.2016 ein Berufsvorbereitungsjahres (BVJ) - Sonderform für Aussiedlerinnen und Aussiedler sowie Ausländerinnen und Ausländer (BVJ-A) eingerichtet.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 7 Pädagogisches Konzept der Oberschule Borssum
Vorlage: 16/2108

Herr Böckmann stellt anhand einer Power-Point-Präsentation das pädagogische Konzept der Oberschule Borssum vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Renken bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Frau E. Meyer bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Sie bittet um weitere Informationen bezüglich der Arbeit der Berufseinstiegsbegleiter.

Herr Böckmann berichtet, die Schüler, die von den Berufseinstiegsbegleitern unterstützt werden sollen, würden in der 8. Klasse von den Klassenlehrern ausgewählt. Die Berufseinstiegsbegleiter würden daraufhin bezüglich der Zustimmung der Begleitung mit den Eltern in Kontakt treten. Zunächst würden sie bei der Versetzung in die 9. Klasse helfen. Des Weiteren leisten sie Unterstützung bei der Suche und Betreuung der Praktikumsstellen. Ziel sei das Erreichen des Hauptschulabschlusses. Die Berufseinstiegsbegleiter würden die Schüler ebenso an die berufsbildenden Schulen begleiten. Im Wesentlichen leiste ein Berufseinstiegsbegleiter schulische Hilfe. Dennoch würden sie auch Unterstützung bei den Bewerbungsschreiben und dem Vorstellen in den Betrieben anbieten.

Herr Seeck führt aus, dass die Berufseinstiegsbegleiter die Schüler über vier Jahre begleiten sollen. Die Berufseinstiegsbegleiter würden vom Arbeitsamt zugewiesen. Das Personal werde jedoch nur für ein Jahr gestellt. Er fragt, ob die Berufseinstiegsbegleiter hauptsächlich Lehrer und Lehrerinnen seien.

Herr Böckmann entgegnet, es werde jeweils für den nächsten Jahrgang neu ausgeschrieben. Die Berufseinstiegsbegleiter, die jetzt die Schüler der 8. Klasse betreuen, würden somit mit weiter in die nächste Klassenstufe wandern. Bei einer neuen Ausschreibung könne daher auch eine andere Bildungseinrichtung den Zuschlag erhalten. Bisher würden zwei Bildungseinrichtungen die Berufseinstiegsbegleiter stellen. Auf Nachfrage von Herrn Seeck gibt er an, dass die Berufseinstiegsbegleiter zu je 50 % Sozialarbeiter und Handwerker sein müssen. Bisher sei ein Gärtnermeister sowie eine Sozialpädagogin zugewiesen worden. Diese Kräfte würden von der Bildungseinrichtung und nicht von der Schule ausgewählt.

Protokoll Nr. 35 über die Sitzung des Schulausschusses

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Beschulung von Flüchtlingskindern; - Aktuelle Situation
Vorlage: 16/2109

Herr Sprengelmeyer erörtert, im Primarbereich und im Sekundarbereich I der allgemeinbildenden Schulen würden derzeit 121 Flüchtlingskinder beschult. Im Primarbereich seien es 55 sowie im Sekundarbereich I 66 Kinder. Bei der Betrachtung dieser Zahlen müsse berücksichtigt werden, dass dies nicht alle Zugewanderten seien. Die Kinder aus dem europäischen Raum würden nicht aufgezählt. Die Anforderungen im Rahmen des Umgangs mit Menschen aus anderen Herkunftsländern seien daher nicht nur auf den Bereich der Flüchtlinge zu reduzieren. Die Flüchtlingszahlen würden derzeit stagnieren. Insgesamt könne die Stadt Emden die Situation jedoch nicht abschätzen, sodass die Notunterkunft in Barenburg immer noch vorgehalten werde. Die Verteilung der Flüchtlingskinder an den einzelnen Schulen sei sehr unterschiedlich. Im Grundschulbereich seien insbesondere die Grundschule Cirksena, die Grundschule Grüner Weg sowie die Westerburgschule sehr stark belastet. In den jeweiligen Jahrgangsklassen gebe es ebenfalls Unterschiede. Der erste, fünfte und sechste Jahrgang sei so gut wie ausgelastet. Im Sekundarbereich I sei insbesondere die Oberschule Borssum betroffen. Dort würden weit über 30 Flüchtlingskinder beschult. An der BBS II Emden würden die älteren Schüler über Sprintprojekte beschult. Der Antrag der BBS I Emden sei wie unter TOP 6 dargestellt bereits gestellt worden. Zurzeit gebe es für ca. 20 Flüchtlinge im Alter von 16 bis 18 Jahre keine Möglichkeit der Beschulung. Die Fachbereiche 500 und 600 würden mit Hochdruck daran arbeiten, dass vor der Sommerpause eine Lösung gefunden werde, damit diese jungen Menschen eine Begleitung und Betreuung in Form von Sprachunterricht und auch Freizeitangeboten erhalten. Weitere 65 junge Menschen im Alter von 19 bis 22 Jahre seien ebenfalls nicht versorgt. Die Stadt Emden arbeite diesbezüglich jedoch fachübergreifend sehr eng zusammen. Es würden wöchentliche Besprechungen durchgeführt, um die Möglichkeiten und die Verteilung an die Schulen zu besprechen. Beim Land stehe noch eine Anfrage bezüglich einer gemeinschaftlichen Integrationseinrichtung aus. Diese Einrichtung sei bereits in einer gemeinsamen Sitzung vorgestellt worden. Die Stadt Emden habe bisher keine Beantwortung erhalten. Kinder und Erwachsene könnten dadurch an einem zentralen Ort gemeinsam beschult werden. Beispielsweise könnte die Kinderbetreuung in dieser Einrichtung gewährleistet werden, während die Eltern den Sprachkurs besuchen.

Herr Renken bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Seeck bedankt sich für die Informationen. Die Anzahl der jungen Menschen im Alter von 16 bis 22 Jahre, die derzeit keinen Sprachunterricht erhalten, sei enorm. Er möchte wissen, wie diese Jugendlichen untergebracht seien und welche Aktivitätsmöglichkeiten es gegenwärtig gebe.

Herr Sprengelmeyer bemerkt, die Jugendlichen würden überwiegend mit ihren Familien zusammenleben. Es sei eine überschaubare Anzahl an unbegleitet Minderjährigen, die zum Teil in der Clearingstelle oder in Pflegefamilien untergebracht seien. Eine pädagogische Begleitung und Betreuung sei in jedem Fall gewährleistet. Es fehle jedoch eine gezielte Integration über Sprache.

Frau E. Meyer fragt, ob die parallele Beschulung von Eltern und Kindern bereits stattfinde.

Herr Sprengelmeyer legt dar, die Einrichtung sei vom Land noch nicht genehmigt worden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 35 über die Sitzung des Schulausschusses

TOP 9

Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Sprengelmeyer teilt mit, die Schulvorstände einiger Schulen hätten ihn über ein Problem bei dem Thema Kosten für Schulfahrten informiert. Die Schulfahrten und Austauschprogramme über die Schulen seien äußerst wichtig. Die Unterbringungskosten und Fahrtkosten seien in den letzten Jahren durchaus gestiegen. Die Erstattungen der Reisekosten für Lehrer würden aus den jeweiligen Schulbudgets bezahlt und vom Land festgelegt. Die bisherigen Sätze hätten die tatsächlichen Kosten nicht mehr gedeckt, sodass die Landesregierung die Sätze angepasst habe. Das Budget sei jedoch nicht erhöht worden. Die unterschiedlichen Schulen müssten aufgrund dieser Tatsache die Schulfahrten in einem wesentlichen Umfang reduzieren und somit auch diskutieren, welche Fahrten noch geleistet werden können. In der Schulvorstandssitzung des Max-Windmüller-Gymnasiums sei bereits diskutiert worden, ob die etwas teureren Austauschfahrten überhaupt noch durchgeführt werden können. Ein Teilverzicht oder Verzicht der Lehrkräfte auf Reisekosten sei nicht statthaft. Die Schulen würden daher mit der Bitte um Ausgleich der Beträge an die Stadt herantreten. Vor dem Hintergrund, dass die Stadt sowieso viele Kosten, die vom Land nicht mehr getragen würden, übernehmen müsse, sei dies jedoch schwierig. Die Verwaltung sei selbstverständlich diesbezüglich mit den Schulen weiter im Gespräch. Ein Ausgleich über das Stadtbudget könne allerdings nicht erfolgen.

Herr Renken erteilt Herrn Tapper, Schulleiter des Max-Windmüller-Gymnasium, das Wort.

Herr Tapper erklärt, für das Max-Windmüller-Gymnasium sei die Entscheidung schwierig, welche Fahrten in Zukunft nicht mehr finanziert würden. Die Schulen müssten konkret entscheiden, ob auf einige Klassenfahrten oder Austauschfahrten verzichtet werde. Er könne nachvollziehen, dass die Kommune nicht für die Personalkosten des Landes aufkommen könne. Eine Unterstützung insbesondere bei den Austauschfahrten wäre jedoch hilfreich. Für Begegnungsfahrten und Jugendbegegnungsprojekte gebe es bereits kommunale Unterstützung. Ebenso gebe es teilweise Überschneidungen zwischen den Begegnungsprojekten der Schulen und der Jugendträger. Daher fragt er, ob die Kommune den Schulen Unterstützung anbieten könne, um die Austauschfahrten weiterhin durchführen zu können. Insbesondere die Austauschfahrten mit ausländischen Schulen müssten langfristig aufrechterhalten werden. Dieses Problem betreffe alle Schulen, die sich für Austausch engagieren. Dieser Bereich sei seines Erachtens äußerst wichtig, da die Jugendlichen in eine globalisierte Arbeitswelt entlassen würden.

Herr Hegewald bemerkt, vor wenigen Jahren sei die Anzahl der Klassenfahrten bereits stark reduziert worden. Dies habe die Folge gehabt, dass beispielsweise viele Jugendherbergen nicht ausgelastet gewesen seien. Dieses Problem schein einigermassen geregelt zu sein.

Aus seiner Sicht könne es nicht sein, dass die Kommunen diese Kosten für das Land übernehmen. Dies seien vergleichsweise kleine Beträge. Die CDU werde die Landtagsfraktion informieren, damit zu diesem Thema parlamentarische Initiativen ergriffen werden. Die Landesregierung habe die Sätze angepasst und müsse somit auch für die Kosten aufkommen.

Herr Mecklenburg entgegnet, die Reduzierung der Klassenfahrten im letzten Jahr sei aufgrund der Arbeitszeitverlängerung überwiegend an Gymnasien erfolgt. Das nun dargestellte Problem könne nicht auf die Reduzierung im letzten Jahr zurückgeführt werden. Die nicht ausgegeben Beträge in den Schulbudgets seien mit einem zehnzprozentigen Abschlag in das diesjährige Haushaltsjahr übertragen worden. Die Erhöhung der Sätze sei seines Erachtens aufgrund von Gerichtsurteilen erfolgt.

Es gebe ebenso die Möglichkeit, beim Land mit entsprechender Begründung eine Erhöhung zu beantragen, wenn das Budget nicht mehr auskömmlich sei. Das Thema Austauschprogramme müsse im Jugendhilfeausschuss behandelt werden. Einzelnen Schulen seien diesbezüglich bereits Zuschüsse gewährt worden. Das gesamte Schulbudget sei gegenseitig deckungsfähig.

Protokoll Nr. 35 über die Sitzung des Schulausschusses

Selbstverständlich könne das Budget nicht in jede Richtung ausgeweitet werden, da auch für die Ganztagschule und für die Ganztagsangebote Geld bereitgestellt werden müsse. Sollten tatsächlich keine Klassenfahrten aufgrund des Budgets mehr durchgeführt werden können, könnten die Schulleiter seines Erachtens eine Erhöhung beantragen.

Herr Hegewald bittet um Auskunft, ob ein Antrag auf Erhöhung des Zuschusses tatsächlich gestellt werden könnte.

Herr Renken weist darauf hin, dass unter dem Tagesordnungspunkt „Mündliche Mitteilungen“ zum jetzigen Zeitpunkt keine Debatte geführt und vertieft werden könne. Die Schulleitungen könnten ihre Anliegen und Probleme diesbezüglich zunächst der Verwaltung vortragen, sodass das Thema möglicherweise in die nächste Ausschusssitzung eingebracht werden könne.

Herr Sprengelmeyer teilt weiterhin mit, die CDU-Fraktion habe eine schriftliche Anfrage bezüglich der Beratung durch das Unternehmen Biregio gestellt. Es sei bekannt geworden, dass Herr Krämer-Mandau in Emden wieder ein Mandat erhalten habe. Hierbei gehe es lediglich um eine Überprüfung der räumlichen Möglichkeiten der beiden Gymnasien und der berufsbildenden Schulen. Diese Überprüfung sei mit den Schulen abgesprochen worden. Es würden nicht die inhaltlichen Konzepte geprüft. Die Überprüfung der räumlichen Möglichkeiten werde gemeinsam mit den Schulen am 19.05.2016 stattfinden.

TOP 10 Anfragen

1. Schulsozialarbeit

Herr Seeck gibt an, das Land wolle im Rahmen des Hochschulprofilierungsprogramms die Stellen für Schulsozialarbeit verstetigen. Er möchte wissen, was diese Verstetigung für Emden bedeute.

Im Zuge der Neugestaltung der Schullandschaft sei eine Begehung der Schulen durchgeführt worden. Es sei angekündigt worden, dass es einen weiteren Termin nach den Umzügen der einzelnen Schulen geben werde. Eine weitere Begehung habe bisher nicht stattgefunden. Die Eltern der IGS hätten nun mitgeteilt, dass es erhebliche Probleme insbesondere im sanitären Bereich gebe. Er bittet daher die Verwaltung, um Organisation einer weiteren Begehung mit den Mitgliedern des Schulausschusses, um die räumlichen Situationen näher betrachten zu können.

Herr Sprengelmeyer erklärt, selbstverständlich könne eine weitere Begehung durchgeführt werden. Mit Zustimmung des Ausschusses werde er vor der Sommerpause einen Termin organisieren. Der Schulausschuss spricht sich für eine gemeinsame Begehung der Schulen mit den Mitgliedern des Betriebsausschusses Gebäudemanagement aus.

Bezüglich der Verstetigung der Stellen für Schulsozialarbeit erläutert er, dass nicht alle Stellen, die die Stadt Emden in dem Bereich einsetze, vom Land übernommen werden. Das Thema müsse im Jugendhilfeausschuss debattiert werden, da die schulbezogene Sozialarbeit dort verankert sei. Es seien nicht gleichzeitig alle Schulen versorgt. Beim Grundschulbereich seien zwei Stellen auf vier Schulen aufgeteilt. Dies sei bei Weitem nicht ausreichend. Die Projekte an allen Schulen müssten daher weiterhin unterstützt werden. An den Schulen, an denen qualitativ gute soziale Arbeit geleistet werde, würden weniger Anträge auf Integration und Inklusion gestellt. Sobald die Verwaltung weitere Informationen des Landes erhalte, würden diese im Jugendhilfeausschuss vorgestellt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.